Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 550 Jahrgang 214

Bezugspreis: monatlich Mk. 7.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 30. November

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 1.00 M. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 4.00 M. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6190. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die Wirkung des Marksturzes

England sieht seinen Handel gefährdet

Moratorium oder nicht?

London, 29. November.

Die „Daily Mail" macht heute morgen folgende bemerkenswerten Mitteilungen, die ihr aus angeblich gutinformierter Quelle zugekommen sind: Die schlechte Lage der deutschen Finanzen und der jüngste Besuch von Hugo Stinnes in London haben die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die am 1. Januar fällige Rate der deutschen Reparationszahlungen gelenkt. Deutschland hat an diesem Tage 25 Millionen Pfund Sterling zu zahlen. Die Gesamtsumme der deutschen Reparationszahlungen beträgt 6600 Millionen Pfund Sterling, wovon England 25 Prozent erhält. Der Sturz der deutschen Mark übt auf den englischen Handel eine zerstörende Wirkung aus und sperrt den deutschen Markt für englische Güter vollkommen. Nach dem jüngsten Besuch der Reparationskommission in Deutschland hat ihr englisches Mitglied, Sir John Bradbury, ein Memorandum ausgearbeitet, das von dem englischen Kabinett demnächst erörtert werden wird. Es wäre jedoch verfrüht, schon zu sagen, daß das Ergebnis dieses Studiums ein von der englischen Regierung auf 1-bis 2 Jahre gewährtes Moratorium sein werde. Wenn dies der Fall wäre, geschehe es nur, um eine rasche Wiederaufnahme des englischen Handels mit Deutschland zu ermöglichen. So wie die Angelegenheit jetzt steht, zahle Deutschland seine Reparationen dadurch, daß es seine Banknotenpresse immer wieder in Bewegung setze, was ein immer weiteres Sinken der Mark zur Folge habe. Es werde deshalb eine Bedingung für ein etwaiges Zugeständnis der Alliierten sein, daß die deutsche Regierung den Banknotendruck einstelle. Außerdem werde späterhin eine höhere Besteuerung der deutschen Industrie vorgenommen werden müssen. Es wäre verfrüht, eine Mitteilung über die Haltung der französischen Regierung machen zu wollen, doch könne es nicht fraglich sein, daß die Schwierigkeiten der deutschen Lage den Franzosen nicht entgangen seien, und daß diejenigen, die den wirklichen Ernst der Lage in Deutschland hätten studieren können, einer solchen Vereinkarung günstig seien. Deutschland werde übrigens mit den Zahlungen in natura fortzufahren haben. Denn die Zahlungen würden ihm nicht erlassen werden, sondern es würde nur einen Zahlungsaufschub erhalten.

Keine Verminderung der alliierten Schulden in Amerika?

Washington, 29. November.

Staatssekretär Mellon dementierte die Nachricht, daß die amerikanische Regierung vorzuschlagen beabsichtigt, den Alliierten auf ihre Schulden den Vereinigten Staaten gegenüber eine Reduzierung um 50 Prozent zu gewähren.

Die Autonomie der Provinzen

Von Rechtsanwalt Dr. Alfons Bessert, M. d. Schles. Prov.-L.

II.

Soweit der Ausbau der Selbstverwaltung! Wir wenden uns nun der zweiten Frage zu, nämlich der Uebertragung von staatlichen Angelegenheiten auf die Provinzen als Auftragsangelegenheiten. Dies bedeutet, um das gleich klarzustellen, daß die Exekutive auf dem betreffenden Gebiet und in der betreffenden Instanz in Zukunft nicht mehr von direkten Staatsbehörden oder Beamten, sondern von den Behörden und Beamten des Selbstverwaltungsverbandes ausgeübt werden soll. Die Angelegenheit bleibt aber Staatsangelegenheit. Die Selbstverwaltungsbehörden verwalten diese Angelegenheiten nicht nach eigener Initiative oder Entschließung, sondern die zuständigen oberen Staatsbehörden erteilen für die Verwaltung dieser Angelegenheiten generelle und spezielle Anweisung, an die die Selbstverwaltungsbehörden unbedingt gebunden sind. Nach eigenem pflichtmäßigem Ermessen dürfen sie nur insoweit handeln, als sie keine anderweiten allgemeinen oder speziellen Anweisungen erhalten haben. Haben sie solche Anweisungen erhalten, so sind sie verpflichtet, sie auszuführen auch wenn sie selbst aus rechtlichen oder sachlichen Gründen anderer Ansicht sind. Die von ihnen getroffenen Entscheidungen unterliegen der materiellen Abänderung durch die zuständige Staatsbehörde. Diese hat überall die endgültige Entscheidung, sie behält überall die Verantwortung für alles, was geschieht und nicht geschieht.

Es handelt sich also bei den Auftragsangelegenheiten um einen von der Verwaltung der eigenen Angelegenheiten ist die Provinz grundsätzlich vollkommen selbständig. Sie hat im allgemeinen keine Weisungen von Staatsbehörden entgegenzunehmen und die Staatsbehörden haben nicht die Zweckmäßigkeit, sondern nur die Gesetzmäßigkeit der Handlungen der Provinzialorgane zu beaufsichtigen. Bei etwa auftretenden Meinungsverschiedenheiten entscheidet nicht etwa eine vorgesetzte Dienstbehörde, nicht etwa der Minister oder das Staatsministerium, sondern das Verwaltungsgericht im Verwaltungsstreitverfahren. Selbstverwaltungskörper und Staatsbehörden stehen sich als gleichberechtigte Organe gegenüber. Im Gegensatz hierzu sind bei den Auftragsangelegenheiten, wie sich aus ihrer obigen Charakterisierung ergibt, die Selbstverwaltungsorgane den staatlichen Organen unterstellt und müssen deren Weisungen folgen. Solche Auftragsangelegenheiten hat es bisher nur in sehr beschränktem Maße gegeben. Ich weise hier nur darauf hin, daß beispielsweise die Städte als Auftragsangelegenheit die Polizei zu verwalten hatten. Wenn auch Meinungsverschiedenheiten bestehen mögen, so ist doch das als die allgemeine Auffassung zu erkennen, daß die Vertreter der Selbstverwaltungsorgane diese Auftragsangelegenheiten gern beseitigt sehen möchten; sie werden dadurch in ihrer Selbständigkeit stark beschränkt, werden herabgedrückt zu Organen der Staatsverwaltung. Eine Vermehrung der Auftragsangelegenheiten würde letzten Endes zur Unterstellung der Provinzialbeamtenschaft unter das Ministerium führen, der Landeshauptmann würde aufhören, oberstes Organ der provinzialen Selbstverwaltung zu sein, er würde Beamter des Ministeriums werden und diesem unterstellt sein. Der bekannte Staatsrechtslehrer und frühere Innenminister Dr. Preuß bringt das in einer seiner Schriften treffend zum Ausdruck, indem er sagt: daß bei den Auftragsangelegenheiten in Wahrheit die Sache darauf hinausliefe, daß der Staat die Organe der Selbstverwaltung für sich expropriiere, er nehme sie den Selbstverwaltungsorganen weg und benutze sie für seine eigenen Zwecke.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß ein solches Verfahren die ganze Selbstverwaltung auf das schwerste gefährdet. Und es handelt sich nicht, wie die Motive zu dem Gesetzentwurf in hohen Tönen prophezeien, um eine „bedeutende Stärkung der Selbstverwaltungsorgane, sondern es muß im Gegenteil durch die völlige Einengung ihrer Bewegungsfreiheit und die Vernichtung ihrer Unabhängigkeit eine katastrophale Schwächung der Selbstverwaltungsorgane die Folge sein.

Die Vermehrung der Auftragsangelegenheiten ist also abzulehnen. Die Ablehnung ergibt sich aber auch aus einem weiteren Gesichtspunkte, nämlich wiederum dem finanziellen. Wiederum liegt das Geheimnis zwischen Daumen und Zeigefinger. Die Kostenfrage ist ungelöst. Wie die Staatsregierung sich die Kostenfrage denkt, ist aus einem Abschnitt der den Gesetzentwurf begleitenden Drucksachen Denkschriften zu entnehmen. Es heißt da: „Eine dotationsartige Ueberweisung der jetzt im Staate für diese Zwecke in der Provinzialinstanz geleisteten persönlichen und sachlichen Ausgaben an die Provinzen würde nicht zu umgehen sein, da die Provinzen bei der jetzigen Steuerverfassung anderweit aus-

Severing im Landtag

w. Berlin, 29. November.

Abg. Mengel (Komm.) begründet zu Beginn der Sitzung den kommunistischen Antrag, die Amnestiefrage auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag scheitert an dem Widerspruch eines Zentrumsabgeordneten.

Die zweite Beratung des Haushalts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Berndt (Dem.) betont die Notwendigkeit einer gründlichen Verwaltungsreform. Gegen die Nichtbestätigung der Gemeindebeamten muß den Gemeinden und den Nichtbestätigten ein Berufungsrecht eingeräumt werden.

Minister Severing: In der Verwaltung habe ich garnichts dagegen einzuwenden, wenn deutschnationale, selbst monarchistisch gesinnte Beamte ihr Amt pflichttreu ausüben, wie ich auch gern die Kommunisten zur Verwaltung herangezogen wüßte, um sie zu Staatsbeamten zu erziehen. Der Staat hat allerdings eine große Duldsamkeit bewiesen, sein Selbsterhaltungsstreben muß aber dazu führen, daß nicht monarchistische Beamte begünstigt werden, sondern solche, die treu auf dem Boden der Verfassung stehen. Zur Schutzpolizei habe ich das Vertrauen, daß sie immer mehr zu einem verläßlichen Instrument der verfassungsmäßigen Regierung wird. Gegen jeden Disziplinbruch werde ich unnachsichtlich einschreiten, ob er von deutschnationalen Oberbeamten oder von sozialdemokratischen Unterbeamten ausgeht. Finanzminister und Innenminister wollen jetzt gemeinsam beim Reichsfinanzminister vorstellig werden, damit die nötigen Mittel für die Gemeindebeamten bereitgestellt werden, daß die Landgemeinde- und Städteordnung vorweg erledigt wird, um dann die Provinzial- und Kreisordnung zu verabschieden. Wenn tatsächlich von höheren reaktionären Beamten ein Spitzeldienst und Geheimpersonalakten eingerichtet sind, dann werde ich diesem Unfug mit aller Energie entgegentreten, um die verfassungstreuen Beamten gegen Verleumdung von reaktionärer Seite zu schützen. Der Minister geht dann auf das Verbot der „Täglichen Rundschau" ein und meint: Ich werde es weiter als meine Pflicht betrachten, einer Vergiftung der Oeffentlichkeit entgegenzutreten. Den Selbstschutzorganisationen muß ein Ende gemacht werden. Wenn jetzt die Interne der Selbstschutzorganisationen veröffentlicht wird, dann wird man ähnliche Dinge erfahren, wie jetzt aus den Vorwärtsenthüllungen der kommunistischen Interne. Den Erlaß meines Vorgängers der Kommunisten grundsätzlich von Beamtenposten auszuschließen, habe ich sofort aufgehoben. — In Beantwortung der Fragen einzelner Redner erklärte der Minister weiter, die Einrichtung einer Zentralstelle zur Bekämpfung unsittlicher Literatur empfiehlt sich nicht. Professor Brunner arbeitet temperamentvoll und fleißig, in Kurfürstenen ist er aber zu einseitig und es muß verhindert werden, daß er weiter als die Autorität des Polizeipräsidiums gilt. Hinter den letzten Schaufensterplünderungen standen politische Drahtzieher. (Hört! Hört!) Der Minister verliest eine Reihe von Aufrufen, in denen zum Bürgerkrieg aufgefordert wird. Von den Kommunisten wird die Verlesung mit lärmenden Kundgebungen begleitet. Der Minister erklärt, daß er allen Putschversuchen mit größter Energie entgegentreten werde.

Abg. v. Eynern (D. Vpt.) wendet sich gegen das Verbot der „Täglichen Rundschau", das durchaus nicht rechtsfertig sei. Bei der Besetzung der Aemter dürfe nur die deutsche Befähigung ausschlaggebend sein.

Abg. v. Truander (Deutschn.) befürwortet einen Antrag seiner Freunde, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921 wieder aufgehoben wird oder eine Fassung erhält, die so wenig Gefährdungen der verfassungsmäßig zugesicherten Pressefreiheit wie sie durch das Verbot der „Täglichen Rundschau" in die Erscheinung getreten sind, ausschließt. Redner bekämpft weiter die Verbote der Tannenberg-Feiern. Die höhere Beamtenschaft stehe fast durchweg auf dem Standpunkte, daß die jetzige Verfassung der allein gegebene Boden für verfassungsmäßige Gesetzesbestimmungen sei. Die Beamtenschaft bewahre das hohe Erbe des alten Preußen und wolle von Novemberfoxtrabsten nichts wissen. (Große Unruhe links.) In der Provinz Sachsen bestehe leider ein System der Gesinnungsschnüffelei unter einem Oberpräsidenten, dem die sozialdemokratischen Minister Koch und Geßler jeden Funken von Loyalität und Taktgefühl abgebrochen hätten. (Unruhe links.)

Minister Severing: Von Gesinnungsschnüffelei sei keine Rede, aber die Deutschnationalen müßten sich daran gewöhnen, daß sie nicht mehr ein Monopol für die Besetzung der höheren Beamtenstellen haben.

Abg. Rabold (U. S.) verlangt die Beseitigung des Staatskommissariats für öffentliche Ordnung. Redner beantragt die Aufhebung der Internierungslager Stargard und Sielow und die Uebertragung des Polizeiwesens auf die Gemeinden. Als der Redner die Führer der Schutzpolizei scharf kritisiert, verlangen die Unabhängigen und Kommunisten durch stürmische Rufe, der Minister, der sich auf kurze Zeit entfernt hatte, solle kommen. Abg. Rabold verlangt die schleunige Aufhebung des Heine-Schießerlasses.

Abg. Franz Krüger (Soz.) rechtfertigt den Eintritt der Sozialdemokraten in die Große Koalition. Die Einigung mit den Unabhängigen würde in dem Augenblick möglich sein, wo die Unabhängigen auf die Demonstrationspolitik und auf das Nachlaufen hinter den Kommunisten verzichten würden.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) bekämpft die Koalitionspolitik der Sozialdemokraten.

Damit schließt die Debatte über das Ministerium des Innern. Die Abstimmungen werden auf den 6. Dezember, nachmittags 4 Uhr vertagt.

Der Gesetzentwurf über den Sitz des Landeskulturamtes für Schleswig-Holstein, wonach das Amt seinen Sitz in Schleswig erhalten soll, wird in zwei Lesungen angenommen. Die Abstimmung in der dritten Lesung wird verschoben.

Es folgt die zweite Lesung des Etats des Volkswirtschaftsministeriums. Der Ausschuß erhöhte die Summe für Pflege der schulentlassenen Jugend von 6 auf 10 Millionen, ebenso die Beihilfe für Kleinkinderheime von 2000 auf 100 000 Mark. Zur Tuberkulosebekämpfung sollen statt 1 Million 5 Millionen aufgewendet werden, desgleichen die Kosten für die Jugendwohlfahrt und soziale Ausbildungszwecke erhöht werden.

Minister Hirtsiefer betont, er werde sich bemühen, im Sinne seines Vorgängers zielbewußte und planmäßige Vorbeugungsarbeit zu leisten. Die Beamten seines Ministeriums sollten ein warmes Herz für die Menschheit haben in praktischer Arbeit. Nur so könne die Wohlfahrtspflege ihre große Aufgabe erfüllen. Das Reichsfürsorgegesetz steht vor dem Abschluß. Redner geht dann auf einzelne Anträge zur Fürsorge ein und betont, daß die Prügelstrafe in der Praxis so ziemlich beseitigt sei, daß aber die Drohung mit der körperlichen Züchtigung manchen Elementen gegenüber nicht entbehrt werden könne.

Der Fall Mersina

Wie aus Malta gemeldet wird, ist auch das britische Kriegsschiff „Concord" nach Mersina abgegangen.

Zugunglück. Gestern abend ist Personenzug 713 Kreuz-Stettin (von Köln (Pommern) infolge Nebels auf einen Güterzug aufgefahren. Der Bahnpostwagen des Personenzuges, der vor dem Personenwagen hinter dem Packwagen lief, brannte sofort an. Zwei Bahnpostbeamte wurden schwer und zwei leicht verletzt. Sie wurden in das Stettiner Krankenhaus gebracht. Die Postladung wurde bis auf einige Wertsendungen vernichtet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192111301-12/fragment/page=0001

reichende Einnahmequellen zur Deckung der ihnen erwachsenden Kosten nicht haben. Daß die Provinzen mit den ihnen überwiesenen Beträgen bei unserem Finanzelend verschwenderisch umgehen werden, ist nicht zu befürchten. Wenn der Staat ihnen die ein-für allemal feststehende Summe anweist, werden die Provinzen von selbst zu sparsamster Verwaltung genötigt. Der Staat andererseits wird von der ihm ständig drohenden, in der Praxis kaum zu vermeidenden Gefahr ständiger Steigerung dieser Ausgabeposten befreit."

Ist das doch wirklich geradezu eine Ungeheuerlichkeit! Die Staatsregierung sagt: ich bepacke dich mit einer Fülle neuer Staatsaufgaben, ich sehe ein, daß große Unkosten dir hieraus erwachsen, ich überweise dir dafür einen festen, unabänderlichen Satz, ich weiß, daß dieser Satz nicht ausreicht, ich weiß insbesondere, daß die Ausgaben sich ständig steigern werden, du mußt aber eben zusehen, wie du auskommst. Der Staat befreit sich von einer Last, indem er sie einem anderen, den Provinzen, aufbürdet, den Provinzen, denen er die Steuerquellen genommen hat, die dadurch zu Kostgängern des Staats geworden und daher gar nicht in der Lage sind, ihre Finanzen so zu gestalten, daß sie die neuen, ihnen übertragenen Staatsaufgaben durchführen können. Man denkt an das Wort: Es ist schwer, eine Satire nicht zu schreiben.

Auf noch eine Gefahr sei hingewiesen: Die drohende Inzucht unseres Beamtentums. Wenn Bezirksregierungen und Oberpräsidium beseitigt würden, hätten die Provinzen die für die Bearbeitung ihrer neuen Aufgaben erforderlichen Arbeitskräfte zu stellen. Wir kennen das alte Bestreben der Provinzen, ihre Beamtenschaft aus der in der Provinz eingesessenen, also aus bodenständigen Personen zu ernennen. Es findet seine Begründung in der Erwägung, daß die für die Lösung provinzialer Aufgaben erforderliche Kenntnis der provinzialen Verhältnisse bei diesen Persönlichkeiten am besten vorhanden ist. Ein gewisser Lokalpatriotismus spielt dabei ebenfalls eine nicht unbedeutende Rolle. Hört nun gar die von einer Zentralbehörde berufene und von Ost nach West und von Nord nach Süd vertauschte Staatsbeamtenschaft fast völlig auf, so kommt es notwendig dahin, daß wir uns in den Provinzen künstlich nach außen absperren, — wie wir dies bei den Städten finden —, und daß aus anderen Gegenden des Staates überhaupt keine Verwaltungsbeamten mehr in die Provinz hineinkommen. Darunter muß die ganze Verwaltung leiden. Der Austausch ist notwendig, er erweitert den Blick, er erzieht zur Großzügigkeit der Gedanken. Das dient dem Einzelnen und dem Staate.

(Folgt ein dritter Artikel.)

Bayrische Mittelpartei und Regierung

München, 29. November.

Das offizielle Organ der Bayerischen Volksparteiei, die Bayerische Volksparteikorrespondenz, kommt anscheinend parteioffiziös auch auf die Frage des Wiedereintritts der Bayerischen Mittelpartei in Regierung und Koalition zu sprechen. Ein ganz anderer Ton weht aus diesen parteioffiziösen Auslassungen wie aus denn parteioffiziösen Darlegungen der Süddeutschen demokratischen Korrespondenz. Die Bayerische Volksparteikorrespondenz spricht es offen und ehrlich aus, daß zwischen den Führern der Bayerischen Mittelpartei und der Bayerischen Volkspartei über den Wiedereintritt in Regierung und Koalition Verhandlungen schweben. Die Bayerische Volksparteikorrespondenz meint, es sei notwendig, daß deutsche Volksparteikorrespondenz begrüßt es aufs lebhafteste, wenn die Bayerische Mittelpartei wieder in die Koalition eintreten würde und sagt, daß aus den Ausführungen der Süddeutschen demokratischen Korrespondenz jener Geist und jene Richtung in der deutschdemokratischen Partei spräche, die die Geschäfte nach viel leichter und reibungsloser sich abwickeln sähe, wenn die Sozialdemokraten statt der Mittelpartei in die Koalition aufgenommen werden sollten. Damit hat die Bayerische Volksparteikorrespondenz dargetan, wohin im Grunde genommen der Kurs der Demokraten in Bayern steuert, nämlich nach links und nicht nach rechts. Den Wählern in Bayern werden die Augen darüber aufgehen, daß die Demokraten trotz der bösen Erfahrungen, die seit 1918 gemacht worden sind, immer noch das Heil von links, also von den Sozialdemokraten, erwarten.

Berlin ohne Elektrizität

Berlin, 29. November.

Wie von der Leitung der an dem Streik beteiligten Verbände mitgeteilt wird, beabsichtigt man, durch den Streik die Einstellung der gesamten elektrischen Stromerzeugung zu erreichen. Auch das Umschaltwerk, das den Strom aus Golpa auf Berlin verteilt, wird vermutlich stillgelegt werden. Die Notstandsarbeiten werden durch die Streikenden ausgeführt.

Gegen 1 Uhr mittags begannen sich die Auswirkungen des Streiks bemerkbar zu machen. Ein Teil der Techniker, der bei einer Versammlung war, ist in die Betriebe überhaupt nicht wieder zurückgegangen. Mittags verließ auch der Rest die Werke. Infolgedessen mußten nach Maßgabe der Verminderung der Stromerzeugung mittags Einschränkungen in der Stromversorgung vorgenommen werden. Zunächst wurde die Privatversorgung eingestellt. Gegen 1½ Uhr mittags war die Stromversorgung der Privat- und Geschäftshäuser der Innenstadt bereits unterbunden. In den westlichen Vororten war die Lichtversorgung auch in den Privathäusern noch im Gange.

Punkt 2 Uhr mußte auch der gesamte Straßenbahnverkehr eingestellt werden. Die Stromversorgung brach plötzlich ab und die Wagen blieben zum großen Teil, soweit sie nicht mehr rechtzeitig das Depot erreichen konnten, auf der Strecke stehen.

Infolge des Streiks der Elektrizitätsarbeiter ist auch eins der Wasserwerke außer Betrieb. Im Straßenbahnverkehr trat gegen 5 Uhr wieder Bewegung ein; die unbeleuchteten Wagen werden in ihre Depots geleitet. Zurzeit sollen im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen Vertretern der Stadt und den Streikenden schweben.

Kommunistische Schandtaten in Mitteldeutschland

Der Untersuchungs-Ausschuß über die Vorgänge in Mitteldeutschland hielt am Dienstag wiederum eine Sitzung ab, in der über den Inhalt der verschiedenen Strafakten, insbesondere derjenigen von Hölz, Bericht erstattet wurde. Es wurde festgestellt, daß von Hölz und Genossen die fürchterlichsten Mißhandlungen an den Geiseln vorgenommen worden sind. Die erste Begrüßung waren Faustschläge ins Gesicht, Fußtritte, denen Erpressung von Geld und Bedrohung mit Erschießen folgten. Daraus sei die Erbitterung bei den Schupobeamten zu erklären.

Der Ausschuß beschloß, am Donnerstag nächster Woche noch mehrere Zeugen zu vernehmen, unter diesen den leitenden Arzt des Leunawerkes, gegen den von einigen Zeugen die Beschuldigung erhoben worden ist, er habe die Verwundeten ohne ärztliche Hilfe gelassen.

Nach der Beschlagnahme der kommunistischen Akten bei Klara Zetkin befragt, erklärte Reg.-Rat Schönner, die Beschlagnahme eines Koffers mit dem Akteninhalt sei an der russischen Grenze erfolgt. Nach Durchsicht Mitte Juli oder Anfang August sei das Material sofort dem Oberreichsanwalt als der allein zuständigen und mit der Untersuchung zu befassenden Behörde übergeben worden. Mehrfach sei angefragt worden, ob die schwebende Untersuchung eine Benutzung des Materials gestattet. Der Oberreichsanwalt habe zweimal geantwortet, eine Veröffentlichung des Materials sei angesichts des Zweckes und des Zieles der Untersuchung nicht angebracht. Vor etwa zehn Tagen sei nun vom Oberreichsanwalt mitgeteilt worden, daß nunmehr das Material aus den Akten Lenkes und Bombitzki veröffentlicht werden könne. Daraufhin ist es den preußischen und der Reichsregierung übergeben worden. — Das Material wird dem Untersuchungs-Ausschuß in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 6. Dezember, vormittags [illegible] Berichterstattung aus den Akten und Zeugenvernehmungen.

Der Hungerfilm und das bolschewistische Gastmahl

Die Feier des vierten Jahrestages der bolschewistischen Revolution wurde von der Sowjetgesandtschaft in Reval festlich begangen. Anwesend waren u. a. auch die Vertreter der estnischen Kommunisten. Es gab wie gewöhnlich Aussprachen und Reden und dazu wurde den Gästen noch der bolschewistische Film „Der Hunger" vorgeführt. Danach begab man sich zu Tisch. Der Hungerfilm diente also sozusagen als „Sakuska" — das sind jene allgemein bekannten schmackhaften und appetitreizenden Vorgerichte, die eine Eigenart der russischen Küche bildeten, als man in Rußland noch nicht den Hunger kannte. In erhöhter Stimmung setzte man sich, nachdem die bolschewistischen Gastgeber in dieser liebenswürdigen Weise für die Anregung des Appetits ihrer Gäste gesorgt hatten, an die reichbesetzte Tafel. Doch da geschah etwas Unerwartetes, das so ganz und gar nicht in das kommunistische Festprogramm hineinpaßte. Wie nämlich das Revaler Blatt „Tallinna Teataja" berichtet, stand der Sekretär des Zentralrates der estnischen Gewerkschaften auf und protestierte dagegen, daß die bolschewistischen Diplomaten, die sich als Vertreter der Arbeiter und Bauern aufspielen, in der Völkerei die arg geschmähte Bourgeoisie noch überträfen und der Westeuropäischen Arbeiterschaft die Sparpfennige aus der Tasche zögen, angeblich um die Hungersnot des russischen Volkes zu lindern, in Wirklichkeit aber, um Hungerfilme zu demonstrieren und sich im selben Augenblicke den Wanst mit den erlesensten Leckerbissen vollzuschlagen. Er forderte die Anwesenden auf, das bolschewistische Gastmahl zu verlassen. Ein großer Teil der estnischen Gäste folgte sich seinem Beispiel an. Die bolschewistischen Diplomaten ließen sich aber dadurch in ihren Tafelfreuden nicht im geringsten stören. Es wurde fortgejoffen ... Kommentar überflüssig!

*

Das Verfahren gegen die Kommunistenführer

Die Regierung läßt auf wiederholte Anfragen in der Presse hin erklären, gegen die kommunistischen Abgeordneten, die durch die Enthüllungen des „Vorwärts" aufs schwerste kompromittiert sind, werde demnach Anklage vom Oberreichsanwalt erhoben werden, der das Material am 16. August erhalten habe. Herr Eberlein will bekanntlich von einem Verfahren gegen ihn nichts wissen; mag sein, daß daran seine Vergeßlichkeit Schuld ist. Immerhin: sehr beschleunigt scheint man die Sache gegen ihn und Herrn Höllein nicht betreiben zu haben.

Vor allen Dingen aber ist das Verfahren des Oberreichsanwalts gegen die Herren doch nur die eine Hälfte, nämlich so weit Hochverrat in Frage kommt. Wie steht es um die gemeinen Verbrechen, deren die Beiden durch die „Vorwärts"-Dokumente bezichtigt werden: Anstiftung zum Mord, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz? Diese Dinge, um die sich die Staatsanwaltschaft zu kümmern hatte, sind noch viel gravierender als der Hochverrat, der ja schließlich mit einem Stück politischer Glorie umgeben wird, wenn er von links kommt. Die gemeinen Verbrechen will man doch nicht etwa in den Schatten des politischen erheben, indem man sie als fortlaufende Handlung anspricht? Das würde doch in der Tat bedeuten, Mörderfreiheit proklamieren. Es wäre daher nützlich, einiges über den Stand des staatsanwaltschaftlichen Eingreifens im Fall Eberlein-Höllein zu hören.

Die verhängnisvolle Visitenkarte

München, 29. November.

Im Zusammenhang mit der Aufklärung der Erzbergerschen Mordsache ist in München eine Untersuchung darüber veranstaltet worden, was eine Visitenkarte zu bedeuten hatte, auf der die Worte standen: „Mitte Oktober Erzberger geheftet." Vor geraumer Zeit hatte ein Münchener Student bei einer Buchhandlung nahe der Universität sich Erzbergers letztes Buch auf Mitte Oktober geheftet bestellt und diesen Auftrag, auf einer Visitenkarte notiert, zurückgelassen. Nach Erledigung der Bestellung warf der Buchhandlungsgehilfe die Visitenkarte mit der ominösen Aufschrift in den Papierkorb, dessen Inhalt an einen Altpapiersammler und dann an eine Papierfabrik bei Griesbach gelangte. Aus einem Matulaturballen hat sie dann dort ein wackerer Staatsbürger herausfischen. Der Student in München wurde festgenommen und vorgeführt, bis sich alles hübsch aufgeklärt hatte.

Unterschlagung bei einer Großbank

Berlin, 29. November.

In der Hauptgeschäftsstelle der Dresdner Bank gelang gestern die Aufklärung einer Reihe geheimnisvoller Effektendiebstähle, durch die eine ganze Anzahl langjähriger Beamten unschuldigerweise in schweren Verdacht geraten waren. Als Täter wurde der 30jährige Hilfsarbeiter Brühheim ermittelt und festgenommen. Er ist geständig, und will durch seine Spekulationswut auf die schiefe Ebene gedrängt worden sein. Ueber die Angelegenheit erfahren wir folgende Einzelheiten:

Seit Monaten verschwanden in der Effekten-Abteilung der Hauptgeschäftsstelle der Dresdner Bank auf geheimnisvolle Weise

---

„Der Medderkoog"

23] Schleswig-Holsteinscher Roman

von

Henriette von Meerheimb (Margarete Gräfin von Bünau)

Der alte Graf war wütend auf die Schwiegertochter, auf seine Frau, seine Schwägerin, — kurz auf alle, die in diese abscheuliche Sache verstrickt waren. Die Zornesader auf seiner Stirn lief dick auf.

Es dauerte geraume Zeit, bis Gräfin Luise wieder hereinrauschte. Man sah ihrem Gesicht Spuren der Erregung an.

„Warum kommt Sophie nicht?" herrschte Graf Reventlow seine Frau an. „Sie ist alt genug, um für sich selbst zu sprechen, und braucht dich nicht zum Vormund."

„Lieber Reventlow, du kennst doch Fiekchens Schüchternheit. Der Gedanke, sich hier vor diesem Tribunal verteidigen zu sollen, machte sie direkt krank. Sie liegt in ihrem Bett, weint und schluchzt herzbrechend."

„Komm endlich zur Sache. Hat Sophie den Brief genommen oder nicht?"

„Freilich — aber selbstverständlich nur in der allerbesten Absicht. Daß der Brief durch einen expressen Boten herkam, erschreckte und verwirrte das arme Ding. Sie wollte ihn Karin selber geben und sie vorbereiten, daß solch wichtiges Schriftstück angelangt sei. Als sie dann Karin sah, entsank ihr der Mut. In ihrer Verwirrung entfiel ihr der Brief. Sie wußte sich Karins Heftigkeit gegenüber nicht zu verteidigen. — Verzeih, liebe Karin, aber deine begreifliche Erregung brachte Fiekchen fast um den Verstand. Sie läßt dich tausendmal um Entschuldigung bitten. Mein armes Schwesterchen ist ja von klein auf so kränklich gewesen, da ist ihr Geist nicht völlig normal entwickelt. Das heißt, in diesem ist Sophiechen sehr klug und scharfsinnig, aber manchmal fehlt ihr die Gabe, die Folgen ihrer Handlungen ganz richtig zu beurteilen."

„Das scheint so", sagte Graf Reventlow. „Die ganze Geschichte bleibt sehr unangenehm und verwunderlich. Wenn Karin sich mit dieser Erklärung begnügt, soll mich's freuen. Lassen wir vorläufig die fatale Angelegenheit auf sich beruhen. Ich werde in Zukunft selbst dafür sorgen, daß Karin jeden Brief sofort direkt durch mich erhält. Jensen hat nur noch mir die Postsachen auszuhändigen."

Das hörte Gräfin Luise sehr ungern. „Du schüttest wie gewöhnlich das Kind mit dem Bade aus, lieber Mann", wandte sie ein.

„Soll ich mir vielleicht noch einmal sagen lassen, daß in meinem Hause Briefe gestohlen werden", fuhr er auf.

„Dieses Wort ist nicht gefallen", antwortete Gräfin Luise kalt. „Wenn Fiekchen übrigens wirklich den Brief gelesen hätte — was natürlich nicht geschehen ist —, so wäre das auch noch kein Unglück gewesen. Sophiechen und ich sind ebensogut dänisch gesinnt wie Karin."

„Hier in Rohannisberg hat jeder und jede gut deutsch gesinnt zu sein!" entgegnete Graf Reventlow fest. — „Was meinen Sie, Rantzau, besteht in Ihrem Bataillon das dänische Regiment noch vielen Anhang?"

„Die Lauenburger Jäger sind gute Deutsche, Herr Graf", antwortete der junge Offizier. Er sprang auf und reckte seine schlanke Gestalt. „Wenn ich mich heute auf den Kasernenhof stelle und rührte die Werbetrommel, so folgte mir das ganze Bataillon — bis auf den letzten Mann."

Graf Reventlow klopfte ihm auf die Schulter. Ein finsterer Blick traf dabei seinen Sohn, der mit undurchdringlichem Gesicht abseits stand. „Hörst du das, Christian? Und schämst du dich nicht, solche Worte mit anzuhören und nicht einstimmen zu dürfen?"

„Nein. Ich halte das alles für Auswüchse einer erhitzten Phantasie", antwortete Christian kühl.

„Unsere Phantasie ist nicht erhitzt", entgegnete Rantzau fest. „Aber unsere Geduld ist zu Ende, unser deutsches Blut kocht."

„Ihre Aeußerungen sind nicht sehr vorsichtig, Herr von Rantzau", meinte Christian spöttisch.

„Ich sprach nicht zu dem dänischen Gardeoffizier, sondern zu dem Sohn des von mir hochverehrten schleswig-holsteinischen Grafen Reventlow, dessen Gastfreundschaft ich genieße", sagte Rantzau ernst. „Ich weiß, daß ich nichts riskiere, wenn ich es offen ausspreche, die ganze schleswig-holsteinische Armee möchte das dänische Koch abschütteln — heute lieber als morgen."

Der alte Reventlow winkte ihm beschwichtigend zu. Rantzau verstand die Bedeutung des Blickes und verstummte.

„Es scheinen in der Tat unglaubliche Zustände hier zu herrschen", sagte Christian. „Die schleswig-holsteinische Armee wird hauptsächlich von Dänen kommandiert, und trotzdem reden die deutschen jungen Offiziere, als ob sie berechtigt seien, selbständige Entschlüsse zu fassen."

Rantzau sah ihm mit durchdringendem Ernst in die Augen. „Treten Sie zu uns über, Graf, wie Ihr Vater es wünscht", bat er mit unterdrückter Bewegung. „Treten Sie in unsere Reihen, dann werden Sie bald merken, daß der Riß zwischen Dänen und Deutschen unheilbar ist."

„Ja, so ist es!" bestätigte Graf Reventlow. — „Was gibt's denn, Jensen?"

Der alte Diener trat mit Zeichen großer Erregung herein. Mit zitternden Händen hielt er Karin ein kleines Tablett hin, auf dem eine zusammengefaltete Depesche lag. „Die brachte soeben ein Bote für die gnädige Gräfin, und er sagte, man erzähle sich überall in der Stadt, daß Christian VIII. gestorben und daß in Kopenhagen Revolution ausgebrochen sei."

Karin riß die Depesche auf. „Der König ist tot!" Sie warf sich ihrem Bräutigam in die Arme. „Jetzt können wir endlich von hier fort. Gott sei gedankt!"

Christian drückte sie fest an sich.

Graf Reventlow hob die hinuntergefallene Depesche auf. „König Christian VIII. ist sanft entschlafen. Kronprinz übernahm als König Friedrich VII. sofort die Regierung", las er vor. „Kleine Volksaufläufe finden statt, daher deine sofortige Abreise unmöglich. Gebe weiter Nachricht. Holm. — Hm — das klingt ja sehr zufriedenstellend." Sein Mund zuckte ironisch. „Dieses Telegramm wird wohl für uns alle abgefaßt worden sein, um uns ein bißchen Sand in die Augen zu streuen. — Schneide Er sein so dämliches Gesicht, Jensen, sondern lasse Er den Boten ein warmes Essen geben, und wir wollen auch endlich unser Abendbrot haben. Mein Magen hängt schon ganz schief. Das sind alles so verdrehte Sachen, man kann an einem Tage einen erpressen Brief und noch eine Depesche zu schicken. Was das allein für Botenlohn kostet!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192111301-12/fragment/page=0002

eine ganze Anzahl Wertpapiere, ohne daß man sich den Umgang der Papiere erklären konnte. Während man noch in Aufregung über das Verschwinden einer Reihe Industrieaktien war, verschwand bereits eine weitere Anzahl anderer hochwertiger Papiere. Zuletzt waren es sieben Aktien der hoch in Kurs stehenden Sarotti-Werke. Schließlich entschloß man sich zur Bekanntgabe der Nummern dieser Papiere und dies führte zur Entdeckung. Der Dieb fühlte sich nicht mehr sicher und sandte fünf der Sarotti-Aktien an die bestohlene Bank zurück. Die beiden fehlenden wurden von einer anderen Bank angehalten. Der Dieb hat sie bereits lombardiert und einen Betrag von 20 000 Mark dafür erhalten. Durch die bei den Bankhäusern geführte „Diebslerliste" gelang es nach und nach, alle verschwundenen Effekten wieder zu erlangen.

Inzwischen wurden alle Beamten der bestohlenen Bank beschuldigt; jeder beteuerte seine Unschuld, und doch konnte bei der strengen Kontrolle nur ein Hausdieb in Frage kommen. Durch einen Zufall überraschte man gestern endlich den Hilfsarbeiter Brühheim, einen früheren Marinemaat, der seit zwei Jahren in der Effektenabteilung als Nummernbuchhalter beschäftigt war und der durch sein bescheidenes Wesen völlig unverdächtig geblieben war. B. hatte die Aufgabe, die Effektenstöße in Empfang zu nehmen und auf die Beamten zu verteilen. Hierbei wußte er gewöhnlich hochwertige Aktien verschwinden zu lassen, wodurch dann der betreffende Beamte in Verdacht geriet. Als der Dieb gestellt wurde, gab er seine Verfehlungen sofort zu. Das erhaltene Geld, mehrere hunderttausend Mark, will er verspekuliert haben. Die Dresdner Bank selbst erleidet keinen Schaden, da sie alle Effekten wieder erhalten hat.

Halle und Umgebung

Halle, 30. November.

Von der Arbeit des Vaterländischen Frauenvereins

Der gute Ertrag von „Engel in der Kunst". — Die Lotterie.

Uns wird geschrieben:

Die Wohltätigkeitsveranstaltungen des Vaterländischen Frauenvereins „Engel in der Kunst" brachten ein außerordentlich reiches Ergebnis. Es ist ein Reinüberschuß von 35 000 bis 40 000 Mark vorhanden. Dieser Ueberschuß konnte nur dadurch ermöglicht werden, daß sich die vielfältige Liebe rückhaltslos in den Dienst dieser Veranstaltungen stellte und weite Kreise unserer Stadt ihre Beiträge zu den Veranstaltungen geleistet haben. Es ist dem Vaterländischen Frauenverein ein Bedürfnis, auch auf diesem Wege noch einmal allen, die zu diesem schönen Resultate beigetragen haben, seinen herzlichen Dank zum Ausdruck zu bringen.

Was, das damals begonnen wurde, soll nun durch die Lotterie weitergeführt werden. Diese Lotterie hatte schon während der Veranstaltungen ihren Anfang genommen. Der Losverkauf nahm erfreuliche Fortschritte. Es sind bis jetzt schon weit über 10 000 Lose verkauft worden und täglich erhöht sich diese Zahl. Wie schon früher mitgeteilt wurde, darf der Vaterländische Frauenverein auch hierbei sich der tatkräftigen Unterstützung der Hallenser Geschäftswelt und privater Kreise durch Gaben für die Lotterie erfreuen. Die Spenden, die bislang eingegangen sind, hat die Firma G. Ausmann in ihren Schaufenstern in der Großen Ulrichstraße ausgestellt.

Neben den ausgestellten Spenden dürfen wir uns auch solcher aus Privathäusern, wie z. B. Teller, Tassen, Bilder, Vasen und anderer Gegenstände erfreuen. So mancher dieser praktischen Gegenstände, die im eigenen Haushalte keine richtige Verwendung mehr finden können, kann hier als Lotteriegabe eine Freude bereiten.

An eingegangenen Gaben möchten wir hier im Anschluß an frühere frühere Mitteilung noch besonders erwähnen: Huth & Co. 1 Teewagen mit Marmorplatte; Herm. Müller 1 Paar versilberte Dessertmesser und -Gabeln; K. W. Trothe Kerzenleuchter, 1 Feuerzeug, 1 Thermometer; Frau Fride gestickte Decke; F. Rickell 1 Regenschirm, Gebrüder Berendt 1 Regenschirm; A. Stegmann 1 Damenhut; F. A. Diepe 1 Paar warme Kinderschuhe; Stillers Schuhmacerhaus 1 Paar Damenschnürstiefel; Fr. Oehlschläger 1 Gutschein; Bänsch (Becker) 1 Satz Porzellanteller; Osw. Wiesner Zigarren und Zigaretten; Brömme & Kuhnenuhr; Karras u. Könnecke 8 Bände Wunderjagen; von dem Saalkreis; Kunstmaler A. Wetzner desgleichen; Bäcker 8 seidene Schals; H. Walter 1 Butterdose mit Deckel; Frau Al. Schreck 8 Kochbücher, Perlen der Kochkunst; Frau A. u. Grosse 1 Bild, Tafelrunde Sanssouci; Jöbisch Briefpapier, Bilder, Merkbüchelchen; Zentralgenossenschaft der Landwirtschaftskammer 140 Pfd. Mehl; Otto, Passendorf, 1 Ztr. Erbsen, 1 Ztr. Graupen; Hensel & Hänert ½ Pfd. Reis, ½ Pfd. gerösteter Kaffee; Cäsar Lorenz 5 Kilogramm chinesischen Tee; H. Frank Söhne 1 Kilogramm Kornfrank; W. Most 8 Kilo Schokolade; Bengel, Teutschental, 1 Ztr. Zucker, 1 Ztr. Erbsen, 1 Ztr. Bohnen; Beamish-Bernard, Wenzelsdorf, 1 Ztr. Bohnen; Brauermeister, Deutsche Grube, Bitterfeld, 1 Ztr. Erbsen; Landenburg, Seeburg, Zucker; Frau Cl. Schreck, 1 Babyhemd, garniert, Bettchen und Steppdecke; Frau Oppenheimer Kinderwäsche, Spielzeug, 1 Babyjäckchen, Kindermützen, Kinderkorb; C. Jakob 1 Pelzgarnitur. Zum Ankauf von Gewinnen wurden uns folgende Geldspenden zugesandt: Justizrat Mittelstraß, Mittelstraße, 300 M.; H. Oetting 50 M.; Deutsche Bankverein von Kulisch, Kaempf & Lehmann 1000 M.; Arnold u. Troisch 100 M.; Bankhaus Lehmann 1000 M.; H. Uhlig 100 M. Die Ziehung steht unter Aufsicht der Behörde am 15. Dezember im Evangelischen Vereinshause, Mittelstraße, statt.

— **Die neuen Straßenbahnpreise** sind in neulich stattgefundenen Besprechungen der zuständigen Stellen festgesetzt worden. Von einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt ab werden die Preise betragen: 1 Mark (früher 80 Pfg.), 1,20 Mark (früher 90 Pfg.), 1,50 Mark (früher 1 Mark). Die Monatskarte soll künftig 60 Mark (früher 70 Mark) kosten.

— **Freie Volksbühne.** Für die jugendlichen Angehörigen der Freien Volksbühne werden in der Geschäftsstelle Karten zu 1 Mark für die beiden Stadttheater-Aufführungen am 2. und 3. Dezember (Thema: Magdalena) ausgegeben.

— **Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund.** Mittwoch, den 1. November, abends 8 Uhr zwanglose Zusammenkunft im „Englischen Vereinshaus", Mittelstraße. Tagesordnung: Vortrag „Von Gestern zu Morgen". (Das Judentum in den ersten 1800 Jahren nach Christi Geburt.) 2. Die Aufgabe der Juden. 3. Bundesangelegenheiten. Unsere Mitglieder bitten wir, der jüdischen Versammlung im „Winter-garten" fernzubleiben. Wie wir in unseren Versammlungen unser Deutschsein sein wollen, so wollen wir auch Juden und Andersdenkende ganz unter sich lassen.

— **Deutschnationale Volkspartei, Ortsverein Halle-Saalkreis.** Die machen nochmals auf die heute Abend 8 Uhr in den „Drei Bierhallen" stattfindende Zusammenkunft der Gruppe Halle-Ost aufmerksam. Es findet eine Aussprache über die Stellungnahme statt im Anschluß an den Vortrag des Generals von Lettow-Vorbeck. Gäste sind herzlichst eingeladen.

Landwirtschaftlicher Bauernverein des Saalkreises

Hauptversammlung im „Stadtschützenhaus"

Auch diesmal war die Tagung des Bauernvereins von bedeutenem praktischen Wert. Neuzeitliche Versuche und Erfolge zur rationelle Bodenbearbeitung und vorteilhafte Ertragsnutzung wurden vorgetragen, erläutert und besprochen. Für das Labyrinth der Steuergesetzgebung wurde dem Landmann ein leitender Faden in die Hand gegeben. Doch auch ideelle Werte beruhte die Tagung und betonte die soziale Pflicht des Landmannes als Volkswirt seinen deutschen Volksgenossen gegenüber.

Der Vorsitzende des Bauernvereins, Oekonomierat G. Wesche, begrüßte die in stattlicher Zahl erschienenen Landwirte. Aus den geschäftlichen Mitteilungen ist besonders erwähnenswert, daß am 2. und 3. Dezember im „Haus der Landwirte" (Grandestraße) eine von den Kleinkentnern veranlaßte Messe (geöffnet von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends) stattfindet. Professor Dr. Schneidewind-Halle berichtete sodann über das Ergebnis der von Mitgliedern des landwirtschaftlichen Bauernvereins des Saalkreises ausgeführten Phosphorsäure-Düngungsversuche. Bei 6 Mitgliedern sind mit Gerste, Kartoffeln und Zuckerrüben Düngungsversuche gemacht. Mit einer Ausnahme hat die Phosphorsäure nur geringe Mehrerträge gebracht. Der Grund hierfür ist wahrscheinlich, daß die Pläne in den früheren Jahren ziemlich stark mit Stalldünger und außerdem in gewissen Abständen fast regelmäßig mit künstlichem Phosphorsäuredünger behandelt waren. Es wäre falsch, die Phosphorsäuredüngung nach diesen ersten Versuchen zu vernachlässigen. Es empfiehlt sich, jedes zweite Jahr eine Phosphorsäuredüngung in Höhe von 1½ Zentner Superphosphat oder 2 Zentner Thomasmehl bzw. Rhenania-Phosphat pro Morgen dem Boden zu geben. Die so erzielten Mehrernten sind für den Landwirt vorteilhaft, vor allem aber kann er so für die Volksernährung seine volle Schuldigkeit tun.

Herr Blume, der Steuersachverständige der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen zu Halle (Saale), ging auf die Steuerfragen ein. Da die Finanzämter bei der Arbeitsüberlastung nicht mehr alle Anfragen beantworten können, sind Beratungsstellen geschaffen worden, Arbeitsgemeinschaften, deren Aufgabe es ist, alle Einwendungen aus den Kreisen der Landbevölkerung zu prüfen. Als Zeitabschnitt gilt dabei der Termin der Abgabe der Steuererklärung bis zu dem Termin des endgültigen Entscheides. Hier hat sich der Staat zu einer weitherzigen Auslegung entschlossen. Auch kann das Reich das Vermögen erst nach Eintritt der Rechtskraft beschlagnahmen. Bei der Grundbesteuerung sind die Differenzen zwischen Anschaffungswert und Gemeinwert von landwirtschaftlichen Sachverständigen zu untersuchen. Der Vortragende ging auf die Grundlagengesetze (§ 59) und die Ueberteuerungsbestimmungen ein. Als wichtiges Kapitel der Steuerfrage behandelte der Vortragende die bürgerlich-rechtlichen Begriffe der Aussteuer, Ausstattung, Schenkung und Mitgift. Da die Aussteuer im familienrechtlichen Sinne eine Verpflichtung bedeutet, ist sie, auch beim Empfänger, steuerfrei, ebenso wird im allgemeinen die angemessene Ausstattung behandelt. Schenkungen und Mitgift unterliegen beim Empfänger der Steuerpflicht. Zum Schlusse erläuterte der Vortragende die Bestimmungen der Erbschaftssteuer.

Den wichtigsten Vortrag der Tagesordnung hielt der Gutsbesitzer Heinrich Schwerz über die „Konservierung von Futtermitteln durch elektrische Einrichtungen". Ehe der Vortragende sein Thema behandelte, machte er einige bemerkenswerte sozialwirtschaftliche Ausführungen. Die Markentwertung hat sich besonders bei der Verteuerung der Lebensmittel empfindlich gezeigt. Wir haben dies Jahr eine schlechte Kartoffelernte. Die Knappheit der Fette, der Butter und Milch kommt hinzu. Nun wird dem Landwirt der Vorwurf gemacht, er behalte seine Waren zurück, um mit ihnen später zu wuchern. Der Vortragende wies diese Anschuldigungen zurück. Der Landwirt will nur die Preise bekommen, die der Produktion entsprechen. Er will in erster Linie sorgen, daß das Volk reichlich und zu angemessenen Preisen Lebensmittel bekommt. Er hat seine Kartoffeln nur insoweit eingemietet, als das zur Sicherstellung der künftigen Ernte erforderlich ist. Er ist der Ansicht, daß die Kartoffelknappheit nicht zur Katastrophe führen wird. Redner richtete jedoch an die Landwirte den dringenden Appell, aus ihren Kellern die Kartoffeln herauszuholen und nach Halle zu liefern, soviel ihnen irgend möglich ist. Die Zustimmung der Anwesenden zeigte, daß der Landwirt gewillt ist, die Stadtbevölkerung in ihren Kartoffelsorgen zu befriedigen. — Zu seinem Thema führte der Redner folgendes aus: Die bisherigen Futterkonservierungsverfahren (Trocknung, Pressung) sind nicht voll befriedigend. In neuerer Zeit ist es einem Schweizer Gutsbesitzer gelungen, mit Hilfe des elektrischen Stromes die Futtermittel zu konservieren. Das Verfahren ist kurz folgendes: Das Futter wird längere Zeit dem Stromdurchgang ausgesetzt, wodurch eine Lähmung des erwachsenen Lebens im Futterstock und schließlich durch Wärmeentwicklung eine Tötung der schädlichen Bakterien und Pflanzenzellen selbst unter Abschluß der Luft herbeigeführt wird. Die Vorteile dieses Verfahrens sind erheblich. Die gesamte Futterernte wird völlig unabhängig von der Witterung und vom Reifestadium der Futterpflanzen. Sehr saftreiche Futterpflanzen, wie Rübenblätter, Rübenköpfe, grobgeschnitzelte Rüben, Kartoffeln oder Möhren können mittels Strom ohne Verluste haltbar gemacht werden. Ohne Abbau des Eiweiß und ohne Pflanzenfuhtungsverluste werden die Futtermittel haltbar gemacht. Ganz hervorragende Resultate sind schon in der Schweinezucht erzielt. Ebenso eignet sich das konservierte Futter vorzüglich für Schafe, Ziegen oder Federvieh, das das Futter wegen seines aromatischen Geschmacks gern frißt. Auch Ueberschwemmungsgebiete, deren Futterernte oft durch Abschwemmung bedroht werden, sind bei Anwendung der neuen Erntemethode gesichert. Naturgemäß wird sich dann auch der Viehbestand bessern. Dies ist volkswirtschaftlich von größter Bedeutung. Eine andere wichtige Verbesserung bedeutet die wesentliche Arbeitsverminderung, die eine solche Methode bewirkt. Auch ermöglicht sie, das Akkordlohnsystem für Futterernten anzuwenden. Die Anlagen sind durchweg einfach zu bedienen. Die Betriebskosten sind nicht erheblich, da der elektrische Strom nur verhältnismäßig kurze Zeit durch die Futtermassen geleitet werden muß. Praktische Versuche haben einen Durchschnittsverbrauch von 1 bis 1,5 Kilowattstunde pro Zentner fertigen Futters je nach der Außentemperatur ergeben. Da am Tage die Anlage gefüllt und in der darauffolgenden Nacht das Futter mit Strom behandelt wird, so wird Nachtstrom, und zwar meist während des Sommers, benötigt. Die Elektrizitätswerke gewähren für den nachts verwendeten Strom, welcher durch besondere Zähler registriert werden kann, eine bedeutende Ermäßigung. Die erhöhte praktische Verwendung der Futtermittel hat schließlich noch einen anderen erfreulichen Erfolg. Es kann vermieden werden, Futtermittel aus dem Auslande zu kaufen. Der Vortragende fand mit seinen lehrreichen, überzeugenden Ausführungen einmütigen Beifall.

Als Sachverständiger der Elektrotechnik äußerte sich Herr Direktor Vietze über das neue Verfahren. Er erklärte die Erscheinungen von Fäulnis, Verwesung und Gären. Die elektrische Futterkonservierung beruht auf dem Einweckverfahren. Er erwähnte auch, daß er der Ueberzeugung sei, daß die Einwirkung dieses elektrischen Verfahrens auf die Ueberlandzentrale äußerst vorteilhaft sei.

In der Aussprache zeigte es sich, daß der Landwirt Vertrauen zu dem Elektrisierungsverfahren hat und durchaus geneigt ist, in seinem Betrieb einen Versuch zu machen. — Es wurde beschlossen, im nächsten Jahre wieder Phosphorsäuredüngungsversuche zu machen, da das letzte Jahr allein nicht maßgebend sein kann. — Besonders erwähnenswert ist noch, daß ein Landwirt seine Kollegen hat, in Zukunft den Amerikanern keinen Chilesalpeter abzukaufen.

Ein gemeinsames Essen beendete die Tagung. J.

Aus Mitteldeutschland

— **Dölau**, 29. November. (Die Dölauer Liedertafel) veranstaltete am Sonntag anläßlich ihres Stiftungsfestes ein Konzert. Der stattliche Chor unter seines trefflichen Dirigenten, Lehrer Blohfeld, Leitung leistete stellenweise ganz Hervorragendes, z. B. in der Pache'schen „Waldeinsamkeit" und dem Abt'schen „Vineta". Als Solisten (übrigens alle Dölauer Einwohner) bewährten sich die Herren Musikdirektoren Hopfer und Kallert, denen besonders die „Serenade" von Burmester gut gelang. Ferner wurde ein Trompeten-Solo (Herr Kosch) geboten, und ein gut eingespungenes Quartett erzielte unter Führung des ausgezeichneten 1. Tenors (Herrn Suhle) eine nachhaltige Wirkung.

K. **Schlettau** bei Löbejün, 29. Nov. (Die Ortsgruppe Schlettau der Deutschnationalen Volkspartei) hatte zu einer Versammlung im Gasthof Rehrich eingeladen. Zahlreiche Zuhörer von Schlettau mit Umgebung und sogar aus Anhalt waren erschienen. Herr Baron von Dinckluge, Direktor der Hausbesitzerbank in Halle, sprach über momentane Geldfragen, Herr Bergoberset.ekrär Zausch-Halle über die politische Lage und die neuen Steuern. Beide Redner ernteten stürmischen Beifall.

K. **Löbejün**, 29. Nov. (Vaterländische Familienfeier.) Sonntag, den 4. Dezember, findet 3½ Uhr nachmittags im Gasthaus „Schützenhaus" zu Löbejün eine vaterländische Familienfeier statt, welche von der Bezirksgruppe Löbejün der Deutschnationalen Volkspartei veranstaltet wird. Alle deutschdenkenden und deutschfühlenden Kreise der Bevölkerung sind eingeladen. Die Festrede hält voraussichtlich Herr Abgeordneter Geh. Reg.-Rat Dr. von Dryander. Als Mitwirkende sind gewonnen die bekannten Halleschen Künstler Frau Storz und die Herren Gebrüder Bohne. Außer musikalischen Darbietungen sind noch Rezitationen im Programm vorgesehen. Die Namen der Künstler bürgen für einen guten Verlauf der Feier. Damit auch auswärtige Gäste mit ihren Kindern erscheinen können, ist die Veranstaltung schon nachmittags.

— **Silberhütte** (Oftharz), 29. November. (Die Versorgung des Ostharzes mit elektrischer Kraft) wird nunmehr endgültig in Angriff genommen. Von Bad Suderode wird der Strom, der von der Niederlandzentrale Nachterstedt geliefert wird, über Friedrichsbrunn, Günthersberge, Siptenfelde nach Silberhütte und Lindenberg geleitet. Die gesamte Industrie dieses Gebietes, die hauptsächlich an der Gernrode-Harzgeroder Eisenbahn liegt, wird dadurch einen großen Aufschwung nehmen. Manche Schachtanlage, welche durch den weiten, kostspieligen Transport von Kohle ertraglos geworden und dadurch eingegangen war, wird wieder zu neuem Leben erwachen. Hieraus wird auch die Bahn ihren Nutzen ziehen, und letzten Endes der Fremdenverkehr gehoben werden.

— **Dresden**, 29. November. (Offene Stellen bei der Sächsischen Landespolizei.) Die Landespolizeiverwaltung stellt noch junge, unverheiratete Leute ein, die Lust und Liebe zum Polizeidienst in sich fühlen und zum Schutze der Verfassung rückhaltlos bereit sind. Die Anmeldung kann persönlich oder schriftlich erfolgen in Dresden, Chemnitz, Leipzig, Zwickau, Plauen, Zittau, Kamenz. Bei schriftlicher Anmeldung muß der Bewerber seinen Wohnort und seine Wohnung genau angeben, auch die nötigen Personalpapiere beifügen.

— **Erfurt**, 29. Nov. (Oberbürgermeister a. D. Dr. Schmidt †.) Dr. Schmidt, der vom 2. Dezember 1895 bis zum 30. November 1919 Oberbürgermeister von Erfurt war, starb gestern im Alter von 71 Jahren.

— **Eisenach**, 29. November. (Folgen des „Reigen"-Prozesses.) Der Magistrat der Stadt Eisenach verbot die vom Stadttheater geplante Aufführung von Schnitzlers „Reigen". Direktor Ziegler, dessen fortschrittliche Kunstrichtung von einem großen Teil des Eisenacher Publikums nicht gerade geschätzt wird, und der dieser Tage eine öffentliche Erklärung abgegeben hat, er wünsche angesichts der unerquicklichen Verhältnisse in Eisenach eine baldige Lösung seines Vertrages, läßt den „Reigen" nun in einem anderen Lokal in Eisenach mit auswärtigen Schauspielern in einer geschlossenen Vorführung vonstatten gehen.

Kleine Provinznachrichten

Für mehr als 50 000 M. Spirituosen und Lebensmittel wurden in Zschornewitz bei mehreren Personen beschlagnahmt, die kein Gewerbe angemeldet hatten. * Die Eröffnung der Jenaer Stadtbank erfolgt auf Beschluß des Gemeinderates am 1. Dezember. * Der Thüringische Beamtenbund hat angesichts der starken Beunruhigung der thüringischen Beamtenschaft von der thüringischen Staatsregierung die sofortige Durchführung der Besoldungsregelung nach Reichsvorgehen verlangt. * Das erste Thüringer Bauernhochschulheim soll in Neubleichenbach mit zweimonatigem Lehrgang Anfang Januar eröffnet werden. * Ein Omnibusverkehr wird jetzt zwischen Teuchern und dem abgelegenen Bahnhof eingerichtet. Die Fahrt wird 8 M. kosten. * Bei dem Bemühen, mehreren durch die dünne Eisdecke eingebrochenen Kameraden zu Hilfe zu kommen, ertrank in Ottleben der vierzehnjährige Heinrich Stannebaum im Schlammteich der Zuckerfabrik. * Die Stadt Köthen erteilte die Genehmigung zur Errichtung von sieben Siedlerselbsthilfehäusern mit je zwei Wohnungen. * Die Stadt Querfurt gibt an wirklich Bedürftige Kartoffeln zum Preise von 35 M. je Zentner ab. * Mit aufsichtsbehördlicher Genehmigung werden jetzt in Mücheln 2200 Prozent Zuschlag zur Grundsteuer, 900 zur Gebäudesteuer und 1100 zur Gewerbesteuer erhoben. * Für 320 000 M. Butter wurden auf Bahnhof Karstädt in einem angeblich leeren Bahnwagen beschlagnahmt. Ein Frachtbrief fehlt, so daß der Absender der 80 Zentner Butter nicht zu ermitteln ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192111301-12/fragment/page=0003

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung"

Aktiengesellschaften

— **Englisches und französisches Kapital in der oberschlesischen Montanindustrie.** Einer Meldung der „Morning-Post" aus Warschau zufolge wird berichtet, daß Bergwerke in Königshütte in französische Hand und große Eisenwerke in Hohenlohehütte in englische Hand übergegangen seien. In Kattowitz hätten sich japanische Interessenten festgesetzt. Die Polen forderten solche Verkäufe, da die Aufrechterhaltung der Industrie für Polen lebenswichtig sei und die Polen selbst nicht in Lage seien, die Aufgabe erfolgreich in Angriff zu nehmen.

* **Hannoversche Kalkwerke, A.-G.** Die gemäß dem Beschlusse der G.-V. auszugebenden neuen Stammaktien in Höhe von 6 Millionen Mark sind in Halle durch das Bankhaus H. F. Lehmann zu beziehen. Der Besitz eines Nominalbetrages von 1000 Mark alter St. oder V.-A. berechtigt zum Bezuge einer neuen Aktie über 1000 Mark Nennwert zum Kurse von 125 Prozent. Das Bezugsrecht ist bis zum 15. Dezember auszuüben.

Sächsische Gußstahlfabrik Döhlen, A.-G., in Dresden. Wie wir erfahren, hat die Gesellschaft die Braunkohlengrube und Brikettfabrik Friedrich Wilhelm I. in Costebrau in der Niederlausitz erworben und sich dadurch ihre Unabhängigkeit gegenüber der böhmischen Braunkohle gesichert.

* **Peniger Maschinenfabrik und Eisengießerei, A.-G.** In der bereits gemeldeten geplanten Kapitalserhöhung ist noch mitzuteilen, daß der Betrag, um den das Kapital erhöht werden soll, bis zu 5,3 Millionen Mark beträgt. Die Aktien sollen über 1000 Mark lauten, es sollen 5000 Stück Inhaberstammaktien und 300 Stück V.-A., letztere mit besonderen statutenmäßig festgesetzten Rechten, ausgegeben werden.

Die Maschinenfabrik Sangerhausen, Akt.-Ges., bringt aus einem Ueberschuß von 1,461 Millionen Mark (i. V. 0,785) eine Dividende von wieder 20 Prozent auf das von 8 auf 6 Mill. Mark erhöhte Aktienkapital in Vorschlag.

G. Sauerbrey, Maschinenfabrik, A.-G., Stahlfurt. G.-J. 1920/21. Rohertrag 7,65 (2,37) Millionen Mark, Unkosten 3,63 (1,42) Millionen Mark, Abschreibungen 421 636 (227 200) Mark. Reingewinn einschließlich Vortrag 3,67 (0,58) Millionen Mark. Dividende 20 (12) Prozent auf Stamm- und 6 Prozent auf Vorzugsaktien. Aus Bilanz: Kreditoren 4,32 (5,59) Millionen Mark. Debitoren 10,1 (3,55) Millionen Mark, Rohmaterialien usw. 4,15 (4,32) Millionen Mark. Die Entwickelung der wirtschaftlichen Verhältnisse läßt sich zurzeit nicht übersehen.

* **Reiniger, Gebbert u. Schall, A.-G., Erlangen.** Neben den Regularien steht auf der Tagesordnung ein Antrag auf Umtausch von 8 Millionen Mark Aktien der Veifa-Werke, A.-G., Frankfurt a. M., gegen 8 Millionen Mark Aktien der Gesellschaft unter entsprechender Erhöhung des Grundkapitals, eine weitere Erhöhung des Grundkapitals auf 70 Millionen Mark durch Ausgabe von 21 Millionen Mark neue Stammaktien und 1 Million Mark Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht und ein Antrag auf Herabsetzung des sechzehnfachen Stimmrechtes der 1 Million Mark Vorzugs-Aktien der Gesellschaft auf zehnfaches Stimmrecht.

* **Jung, Industrie-Unternehmen, A.-G., Erlangen.** Die Gesellschaft beabsichtigt den Umtausch von 8 Millionen Mark Veifa-Aktien gegen 8 Millionen Mark Aktien Reiniger, Gebbert u. Schall, A.-G., Erlangen, sowie eine Kapitalserhöhung um 40 Millionen Mark auf 70 Mill. Mark. Hiervon sollen 4 Millionen Mark als V.-A. mit fünffachem Stimmrecht ausgegeben werden.

* **Vogtländische Industrie-A.-G., Auerbach i. V.** Eine ao. G.-V. soll über den Ankauf einer Möbelfabrik in Cottbus und einer Tischlerei in Berlin, sowie, anscheinend im Zusammenhange damit, über eine Kapitalserhöhung um 500 000 Mark Stammaktien beschließen.

ss. **Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann, A.-G.** (Eigener Drahtbericht.) Gegen die kürzlich beschlossene Ausgabe von 500 000 Mark Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht hat ein Aktionär Anfechtungsantrag erhoben.

Concordia, chemische Fabrik auf Aktien in Leopoldshall. In der Generalversammlung widmete der Vorsitzende des Aufsichtsrats dem verstorbenen Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Bankier Franz Griebel, ehrende Worte des Gedenkens. Alsdann wurden die Regularien genehmigt und die Dividende auf 30 Prozent festgesetzt. Im Anschluß an den Geschäftsbericht führte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Dr. von Badewitz, Siethen, hinsichtlich des Austausches des Besitzes der Gesellschaft an Kuxen der Gewerkschaft Ilberstedt und Anhalt gegen Aktien der Aktalwerke Nonnenberg folgendes aus: „Im letzten Jahre waren die Schulden der beiden Gewerkschaften auf rund 8 000 000 Mark gestiegen. Bei der damaligen schlechten Lage des Kalimarktes war mit weiterem starken Steigen zu rechnen. Eine Besichtigung der Werke durch Sachverständige führte zu der Erkenntnis von der Dringlichkeit weiterer Bauten, die notwendig die Schuldenlast hätten verdoppeln müssen. Solcher Anspannung war die Concordia bei ihrem kleinen Aktienkapital nicht gewachsen. Die Transaktion mit Nonnenberg brachte der Concordia nicht nur die erwünschte finanzielle Erleichterung, sondern in Gestalt der eingetauschten Nonnenberg-Aktien einerseits und durch die Befreiung von der Schuldenlast und die Entbehrung von der Notwendigkeit der Aufbringung weiterer Geldmittel andererseits einen namhaften Gewinn. Der Erwerber der Gewerkschaften Ilberstedt und Anhalt hat, wie wir von ihm hörten, in der kurzen Zeit seines Besitzes bereits mehrere Millionen Mark Betriebsverlust zu verzeichnen, ein Beweis für die Richtigkeit des Vorgehens der Concordia." Im Anschluß an diesen Bericht erteilte die Generalversammlung dem Vorstand und dem Aufsichtsrat einstimmig Entlastung, billigte ebenfalls einstimmig die vorgenommene Transaktion und sprach ihnen beiden unter Mißbilligung der in letzter Zeit gegen sie in der Oeffentlichkeit erhobenen, unbegründeten Angriffe warmsten Dank und Anerkennung für die bisherige erfolgreiche Tätigkeit aus. Die Generalversammlung endigte mit einer Vertrauenskundgebung für den Generaldirektor Linnemann.

Nordhäuser Tabakfabriken, A.-G. Die ao. G.-V. beschloß die Kapitalsverdoppelung um 15 auf 30 Millionen Mark. Die neuen Aktien sind zu pari an eine Bankengruppe fest begeben worden. Sie sind angesichts der Verschlechterung des deutschen Marktstandes notwendig. Neu in den A.-R. wurde gewählt Dir. Strube (Geschäftsinhaber der Nationalbank für Deutschland) in Berlin. Das Unternehmen ist sehr gut beschäftigt, über die Aussichten lassen sich jedoch keine Angaben machen.

* **Emil Rudolph u. Söhne, A.-G., in Oberoderwitz.** Die Firma Lausitzer Leinen- und Baumwollindustrie Emil Rudolph u. Söhne ist in eine A.-G. mit einem Kapital von 1,05 Mill. Mark umgewandelt worden.

j. **Mauls Kakao- und Schokoladenfabrik, A.-G., in Wernigerode.** (Eigener Drahtbericht.) Die a. o. G.-V. beschloß, das Kapital um 12 auf 18 Millionen zu erhöhen und davon 1 Million prozentige Vorzugsaktien mit fünffachem Stimmrecht den Vorbesitzern zu Pari zu überlassen. 11 Millionen am 1. Juni d. J. dividendenberechtigte Stammaktien werden von der Bank für Handel und Gewerbe in Wernigerode zu 135 übernommen mit der Verpflichtung, den alten Aktionären 6 Millionen davon im Verhältnis von 1:1 anzubieten. Die Aktionäre sind zu umfangreich, daß ihnen nicht bis zur Hälfte entsprochen werden konnte. Es wird mit Sicherheit die vorjährige Dividende (12 Prozent) erwartet.

ss. **Aktien-Bierbrauerei Gohlis in Leipzig.** (Eigener Drahtbericht.) In der Generalversammlung teilte die Verwaltung mit, daß sich das Geschäft im neuen Jahre bisher recht günstig angelassen habe. Allerdings seien die Einkaufspreise für Rohmaterialien derart gestiegen, daß man im Dezember voraussichtlich auf eine Bierpreiserhöhung werde schließen können. Die Dividende wurde auf 10 Prozent festgesetzt.

w. **Königsberger Lagerhaus-Aktien-Gesellschaft.** Die vor einigen Tagen aus Berlin verbreitete Nachricht, daß die Gesellschaft jüngst größere Sondergewinne erzielt hat und daher von einer Minderheit von Aktionären eine Ausgabe von Gratisaktien gewünscht wird, entspricht, wie aus Verwaltungskreisen mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Die Gesellschaft hat, wie der Geschäftsbericht ergibt, in dem eben abgelaufenen Geschäftsjahr mit Verlust gearbeitet, so daß sie zur Bestreitung der Abschreibungen genötigt war, ihren Vortrag zu verringern. Die Geschäfte, welche ausschließlich aus der Lagerung von Getreide aller Art und Produkten daraus bestehen, haben

> Unsere verehrl. Postbezieher
>
> wollen die Bezugserneuerung für den Monat Dezember gefl. sofort bewirken, damit in der Zustellung der Zeitung zu Anfang des neuen Monats keine Unterbrechung eintritt
>
> Geschäftsstelle der Halleschen Zeitung

aus leicht begreiflichen Gründen seither keinen besonderen Aufschwung genommen. Es ist kaum zu erwarten, daß darin im Laufe des Jahres eine Aenderung eintritt.

Industrie, Handel, Handwerk

Bergarbeiter als Beiräte bei sächsischen Bergbehörden. Wie aus Dresden gemeldet wird, hat die sächsische Regierung auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion die vier Bergarbeiter Diemler-Zwickau, Weißflog-Lugau, Löhne-Borna und Brendler-Hartau zu Beiräten bei den Berginspektionen Zwickau, Stollberg, Leipzig und Dresden ernannt, zunächst auf vier Jahre. Die neuen Räte sollen die Grubenkontrolle ausüben.

tu. **Reichsverband deutscher Messen E. V.** In Berlin, mit Zweigstelle Leipzig, hat sich jüngst ein sog. „Reichsverband deutscher Messen E. V." gebildet, der aus dem in diesem Jahre durch Fusion entstandenen Leipziger Mustermesseverband hervorgegangen ist. Jeder unbefangene kann unter einem „Reichsverband deutscher Messen E. V." lediglich einen Zusammenschluß der deutschen Messen bzw. ihrer Leitungen zwecks gemeinschaftlicher Bearbeitung der einschlägigen Messefragen verstehen. Ein solcher Zusammenschluß hat aber zwischen den Leitungen der großen deutschen Messen (Leipzig, Frankfurt (Main), Breslau, Königsberg und Stuttgart) nicht stattgefunden. Im Einvernehmen mit diesen Messen sieht sich daher das Ausstellungs- und Messeamt der deutschen Industrie als die einzige für das gesamte deutsche Messewesen zentrale Organisation veranlaßt, auf die in der Bezeichnung „Reichsverband deutscher Messen E. V." liegende Irreführung der öffentlichen Meinung nachdrücklich hinzuweisen.

Erhöhung der Kupferblechpreise. Der Kupferblechverband erhöhte seinen Grundpreis um 250 auf 9350 Mark für den Doppelzentner.

* **Preiserhöhung für Möbelschlösser.** Wie uns vom Eisen- und Stahlwaren-Industrieverband in Elberfeld mitgeteilt wird, haben die Vereinigten Möbelschloßverbände infolge weiteren Steigens der Materialpreise und bedeutender Lohnerhöhungen ihre Aufschläge für das Inland mit Wirkung vom 22. November 1921 wie folgt erhöht: Möbelschlösser mit französischer Feder auf 1000 Prozent, Möbelschlösser mit Zuhaltungen auf 600 Prozent, lose Schlüssel auf 900 Prozent. Für das in Mark zu beliefernde Ausland erhöhen sich vorstehende Aufschläge um 100 Prozent.

ss. **Preiserhöhungen.** (Eigener Drahtbericht.) Der Verband deutscher Kachelofenfabrikanten zu Meißen, der erst vor kurzem die Preise für Chamottefabrikate um 100 Prozent erhöhte, hat eine weitere Erhöhung um 150 Prozent eintreten lassen, so daß der Teuerungszuschlag jetzt 500 Prozent beträgt.

Geldmarkt und Banken

Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt in Leipzig. Das Institut hat das Grundstück des Restaur. „Reichshof" in Halle erworben zwecks Einrichtung einer Filiale und zum vollständigen Umbau.

* **Riesaer Bank, A.-G.** Die Gesellschaft beabsichtigt ihr Kapital um 4 Millionen Mark auf 8 Millionen Mark zu erhöhen.

* **Dresdner Handelsbank, A.-G.,** beabsichtigt eine Kapitalserhöhung um 20 Millionen Mark.

w. **Essener Kreditanstalt.** Die Aufsichtsratssitzung hat beschlossen: Die zunehmende Entwertung unserer Markwährung hat auch bei der Essener Creditanstalt stark erhöhte Anforderungen seitens der Kundschaft ausgelöst. Dies und die erhebliche Erweiterung der Geschäfte der Bank haben der Verwaltung Anlaß gegeben, einer auf den 22. Dezember einguberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 100 Mill. Mark auf 250 Mill. Mark zur Beschlußfassung vorzuschlagen. Hierzu sollen 50 Millionen Mark den Aktionären zu einem noch festzusetzenden Kurse angeboten und die restlichen 50 Millionen Mark zur Verfügung der Verwaltung gehalten und zunächst nur mit 25 Proz. eingezahlt werden.

w. **Hamburg-Berliner Transport-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Hamburg.** Unter diesem Namen wurde in Hamburg durch ein Konsortium unter Führung der Kolonialbank-Aktien-Gesellschaft in Hamburg eine Versicherungsgesellschaft gegründet. Zweck des Unternehmens ist Uebernahme von Transportversicherungen und Rückversicherungen aller Art. Das Aktienkapital beträgt 5 Millionen Mark, von denen 25 v. H. zunächst 15 v. H. zur Abdeckung der Gründungs- und Einrichtungskosten eingezahlt sind. Der Geschäftsbetrieb soll am 1. Januar 1922 eröffnet werden. Die Geschäftsräume der Gesellschaft befinden sich vorläufig in Hamburg 36, Gerhofstraße 29 II.

Börsenberichte

Produktenbericht. Berlin, 29. Nov. Am Produktenmarkt war das Geschäft heute still. Die Preise waren im allgemeinen wenig verändert. Für Weizen zahlen die Mühlen die gestrigen Preise nicht mehr. Für Roggen erhielt sich gute Nachfrage zu Umlagezwecken bei gleichzeitig vorhandenen größeren Angeboten. Gerste, Hafer und Mais waren belanglos umgesetzt bei etwas festerer Haltung für Mais. Ueber den schlechten Mehlabsatz wird geklagt. Für Hülsenfrüchte und Futterstoffe erhielt sich bei hohen Preisen die Nachfrage, und auch Raps war knapp und teuer.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 29. November.

Amtliche Notierungen **für 1 Zentner** [illegible]

Weizen, märk. u. pomm.	392—398, schles.	350—393, flau.	
Roggen, märk. u. pomm.	310—315,	—, westpr. —, flau.	
Wintergerste —,	Sommergerste	400—405, behauptet.	
Hafer, märk. 312—318,	schles. —,	etwas schwächer.	
Weizenmehl 980—1060,	Roggenmehl 750—810,	still (je 2 Ztr.)	
Weizenkleie 203—208,	Roggenkleie 203—208,	still.	
Raps 850—900, still,	Leinsaat 760—800, still.		
Victoriererbsen 470—500	Lupinen, blaue	—	
Kleine Speiseerbsen 400—450	Lupinen, gelbe	—	
Futtererbsen 310—330	Rapskuchen	290—300	
Peluschken —	Leinkuchen	—	
Wicken —	Serradella	—	
Ackerbohnen —	Trockenschnitzel	290—300	

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen Großhandelspreise.
Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 33—37,
Haferstroh drahtgepreßt 44—48, Stroh seilgebündelt —,
Langstroh seilgebündelt 32—36,
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 97—105, gut, gesund und trocken (Nachmahd) —, gesund und trocken, 85—95,
Kleeheu —, alles ab Stationen.

Devisen-Notierungen

Berlin, 29. November.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amstd.-Rottd.	8840,15	8859,85	Paris	1910,55	1914,45
Brüss.-Antwerp.	1813,15	1816,85	Schweiz	6281,70	6294,30
Christiania	3946,05	3953,95	Spanien	3828,65	3836,35
Kopenhagen	5119,85	5130,15	Wien (altes)	—,—	—,—
Stockholm	6488,50	6501,50	Oesterr. abgest.	7,23	7,27
Helsingfors	449,55	450,45	Prag	263,70	264,30
Italien	1128,85	1130,15	Budapest	34,71	34,79
London	1098,90	1101,10	Poln. Mark	7,57	—,—
New-York	275,97	276,53	Buenos Aires	88,40	88,60

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 29 Nov. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,3 %	7150 7250	Zinn (Banca-Straits-Australi	18100 18200
Orig.-Hütt.-Weichblei	2725 2850	Hüttenzinn 99%	17800 17900
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	2750 2800	Reinnickel 98-99%	15000 17000
Remelted-Platt.-Zink	2150 2200	Antimon (Regulus)	2750 2800
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% in gekerbten Blöcken	1200 1140	Silber in Barren, ca 990 für 1 kg	4275 4325
Orig.-Hütten-Alumin. in Walzdraht od. Drahtb.	1400 1360	Elektrolytkupfer p 100 kg	8800
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte	2700
		Preis des Zinkhüttenverb.	2700

Der gemeine Wert

Berlin, 29. November.

Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen wandte sich die Beratung zunächst der Frage der Wertermittlung zu.

Abg. **Westermann** (D. Vpt.) erklärte, daß bei der geplanten Vermögenssteuer die hohe Bemessung des gemeinen Wertes die Veräußerung des Grundbesitzes zur Folge haben müsse. Der Redner befürwortet einen Antrag der Deutschen Volkspartei, wonach für die Bewertung der dauernd dem Betriebe gewidmeten Gegenstände der dauernde gemeine Wert zuzüglich einer angemessenen Abnutzungsquote unter Zulassung des Ansatzes eines niedrigeren Wertes, wenn er den wirklichen Wert zurzeit der Bilanzaufstellung entspricht, maßgebend sein wolle. Als Ertragswert bei land- und forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Grundstücken soll das zunfundzwanzigfache des Reinertrages gelten, den nach ihrer wirtschaftlichen Bestimmung oder ordnungsmäßiger oder gemeinüblicher Bewirtschaftung unter gewöhnlichen Verhältnissen mit entlohnten fremden Arbeitskräften im Durchschnitt der letzten drei Jahre gewähren konnten.

Abg. **Dehlmann** (Dem.): Bei der Landwirtschaft müsse die Bestimmungen der Reichsabgabenordnung festgehalten werden. Nur mußten andere Zeitbegrenzungen (drei Jahre) für die Wertermittlung eingeführt werden und man dürfe nicht das Fünfundzwanzigfachen eines nach allgemeinen Grundsätzen ermittelten das einzelne Grundstück festgesetzten Ertrages zur Feststellung des Werts nicht festhalten.

Ministerialrat **Dr. Dorn:** Die näheren Bestimmungen über die Anlegung der in § 154 der Reichsabgabenordnung vorgesehenen Grundstücksverzeichnisse erlassen nach Abs. 4 die verbündeten Regierungen im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen. Diese Regelung ist im Hinblick darauf getroffen, daß die Grundstücksbewertung von den Ländern auch zu steuerlichen Zwecken durchgeführt werden muß und Einheitlichkeit der Leistungen entsprechend der vorgesehenen Regelung ist. Zurzeit schreiben in fast allen Ländern Erwägungen über die Umgestaltung der Grundsteuern, die Anlaß zur Ueberprüfung der bisher üblichen Methode der Grundstücksbewertung und zur Neufestsetzung der Werte gab. Das Reichsfinanzamt ist bereits vor längerer Zeit mit den Ländern in Verbindung getreten, um in Anschluß an diese Arbeiten die Anlegung der Grundstücksverzeichnisse in möglichster Beschleunigung sicherzustellen.

Abg. Dr. **Roesicke** (Dnat.) führt aus, in Preußen sei man bei der Berechnung des Wertes des landwirtschaftlichen Grundbesitzes vom gemeinen Wert zum Ertragswert übergegangen. Heute sei die Differenz zwischen dem gemeinen Wert und dem Ertragswert eine gewaltige bei den landwirtschaftlichen Grundstücken, die überhaupt einen Ertragswert haben, obwohl der Wert des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in keinem Verhältnis zum gesunkenen Geldwert und zur Valuta stehe. Ein gemeiner Wert sei nicht konstruierbar. Treuhänder nur eine Steuer auf der Basis des Ertrages. Redner befürwortete Wiederherstellung der Reichsabgabenordnung.

Abg. **Herold** (Z.) führte aus, daß die Nachfrage nach landwirtschaftlichem Besitz so groß sei, daß der Ertragswert nicht hinter Verkaufswert entspricht. Redner befürwortete einen Antrag, daß bei der Bewertung des Vermögens die Vorschriften der Reichsabgabenordnung über Wertermittlung gelten lassen will. Paragraph 154 Abs. 2 soll keine Anwendung finden, § 152 Abs. 2 soll mit Maßgabe festgehalten werden, daß statt des nachhaltigen Ertragswertes der in den letzten drei Jahren im Durchschnitt erzielte Ertragswert gilt.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bolcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Bölder; für politische Nachrichten: Franz Meissenhaimer; für volkswirtschaftlichen Teil: Hermann Bolcher; für Kommunalpolitik, lokale Nachrichten und Sport: Hans Heilinz; für Heimatkunde, Wissenschaft und Unterhaltung, sowie den übrigen redaktionellen Teil: Hans Gelbhorn. — Für den Anzeigenteil: Paul Kerber, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192111301-12/fragment/page=0004